

Was macht die EU?

Die Volkswirtschaften in der EU erholen sich nach und nach von der Finanzkrise. Als neue Herausforderung gilt es nun, das Problem der Arbeitslosigkeit zu bewältigen und den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Welche Funktion kann Europa hier jedoch haben, wenn die EU nur begrenzt Einfluss auf die Beschäftigungs- und Sozialpolitik hat? Die Hauptverantwortung liegt bei den Regierungen der Mitgliedstaaten. Die EU koordiniert und überwacht jedoch die nationalen politischen Strategien, um ein wirtschaftlicheres Vorgehen in Bereichen wie Beschäftigung, Armut, soziale Ausgrenzung und Renten zu fördern. Auch erlässt sie Gesetze beispielsweise zu Rechten bei der Arbeit und zur Koordination von Sozialversicherungssystemen und überwacht deren Umsetzung.

Die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament hat sich schon immer als eine treibende Kraft für EU-Aktionen im Bereich Beschäftigungs- und Sozialpolitik eingesetzt. Wir arbeiten daran, die Kapazitäten der EU hinsichtlich der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen europäischer Bürger zu stärken. In der Praxis bedeutet dies, dass Aktionen Priorität erhalten, die **Jugendbeschäftigung ankurbeln** und einen **integrativen Arbeitsmarkt** sowie die **Mobilität von Arbeitskräften** fördern.

Die Bekämpfung von Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit steht ganz oben auf unserer Prioritätenliste. Durch die hohen Jugendarbeitslosenraten - aktuell 4 Millionen zwischen 15 und 24 Jahren - wird deutlich, welche Schwierigkeiten junge Menschen haben, einen Arbeitsplatz zu finden. Die EVP-Fraktion hat daher EU-weite Programme wie die **Jugendgarantie** der EU und **Erasmus+** befürwortet, durch die es jungen Menschen erleichtert wird, einen Arbeitsplatz zu finden bzw. ihre Schul- und Ausbildung fortzuführen, und durch die Unternehmensgründungen gefördert werden.

Die Anzahl der Langzeitarbeitslosen hat sich zwischen 2008 und 2014 verdoppelt und macht momentan die Hälfte aller Arbeitslosen der EU aus. Anfang 2016 waren 10,5 Millionen Menschen (4,3 % der aktiven EU-Bevölkerung) von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen, 63 % von ihnen waren bereits seit über zwei Jahren ohne Arbeit. Im Kampf gegen Langzeitarbeitslosigkeit hat die EVP-Fraktion die konkreten Initiativen der Juncker-Kommission unterstützt, also z. B. den **Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI)**, der die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Erholung der Wirtschaft und soziale Gerechtigkeit in Europa vorantreiben soll.

Von der EU-Politik muss auch die steigende Lebenserwartung berücksichtigt, Diskriminierung bekämpft und eine altersgerechte Umgebung gefördert werden. Die EVP-Fraktion fördert Aktionen, die ein aktives Altern am Arbeitsplatz ermöglichen. Wir unterstützen auch ein lebenslanges Lernen, das den Bürgern hilft, sich an eine sich kontinuierlich ändernde Welt anzupassen. Für ein funktionsfähiges, modernes und soziales Europa ist außerdem die Integration von Migranten wichtig.

Das Recht auf **Freizügigkeit der Arbeitskräfte** innerhalb der EU ist eine der Säulen des EU-Binnenmarktes. Die EVP-Fraktion ist der Auffassung, dass die Mobilität von Arbeitskräften die ökonomische Entwicklung der EU und den sozialen Zusammenhalt stärkt. Die EVP-Fraktion war 2016 die treibende Kraft hinter der Entwicklung eines Gesetzes zur Überarbeitung des EURES-Netzes, das Arbeitssuchenden dabei hilft, im Ausland eine Anstellung zu finden.